

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern = Rapport sur la gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

Autor(en): **Lüthi / Schmid**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1977)**

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-571139>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern

Rapport sur la gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

1. Gesamtgericht

1.1 Das Gesamtgericht führte am 17. Oktober eine Plenarsitzung in Thun durch, bei welcher das Geschäftsreglement endgültig bereinigt und auf den 1. Januar 1978 in Kraft gesetzt wurde.

2. Verwaltungsgericht

2.1 Im Berichtsjahr haben die Herren Jean Haas und Eduard Zürcher als nebenamtliche Richter demissioniert. Herr Fürsprecher Dr. Paul Schorer musste wegen Erreichens der Altersgrenze auf eine Wiederwahl verzichten. Die Zurücktretenden haben dem Verwaltungsgericht wertvolle Dienste geleistet. Ihr langjähriges Wirken zum Wohle der bernischen Verwaltungsjustiz verdient Anerkennung und Dank. Verwaltungsrichter Peter Krähenbühl, Fürsprecher, löst Fürsprecher Dr. Paul Schorer in der I. Kammer ab. Die neugewählten Verwaltungsrichter Roger Fiechter und André Mischler ersetzen die zurücktretenden Verwaltungsrichter Jean Haas und Eduard Zürcher in der II. Kammer.

2.2 Im Berichtsjahr sind 169 neue Geschäfte eingegangen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich damit eine neuerliche Zunahme um 14 Prozent. Vergleicht man die Eingänge mit dem Jahr 1975, so beträgt der Zuwachs sogar 56 Prozent. Im Verhältnis zu den Zahlen des Vorjahres (1976 = 100%) fällt vor allem die Zunahme

- der verwaltungsgerichtlichen Klagen (Statistik Ziff. 3.1) mit 75 Prozent,
- der Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide (Statistik Ziff. 3.2) mit 29 Prozent und
- der Beschwerden und Weiterziehungen gegen Entscheide des Regierungstatthalters (Statistik Ziff. 3.3) mit 48 Prozent ins Gewicht. Besondere Schwierigkeiten bereitet dem Verwaltungsgericht das Anwachsen der Geschäftslast bei den verwaltungsgerichtlichen Klagen. Diese betreffen zur Hauptsache Streitigkeiten über Grundeigentümerbeiträge und über Kosten von Detailerschliessungen im Sinne von Art. 77 des Baugesetzes. Diese Prozesse erfordern in aller Regel eine aufwendige Prozessinstruktion mit Augenschein, wobei der Würdigung der örtlichen Verhältnisse naturgemäss grosse Bedeutung zukommt. Diese Instruktionsmassnahmen führen zu einer sehr starken Belastung nicht nur der nebenamtlichen Richter (Referenten), sondern auch des Kammerpräsidenten, der als einziger vollamtlicher Richter sämtliche Verhandlungen vorzubereiten und zu leiten hat. Dadurch ergeben sich zwangsläufig unerwünschte Verzögerungen, denen der Gesetzgeber beispielsweise wirksam begegnen könnte, dass er anlässlich einer Revision entweder des Baugesetzes selber oder eines Ausführungserlasses (z. B. des Dekrets über

1. Tribunal plénier

1.1 Le Tribunal plénier s'est réuni le 17 octobre à Thoune. Lors de cette séance, le règlement d'organisation a été définitivement mis au point. Son entrée en vigueur a été fixée au 1^{er} janvier 1978.

2. Tribunal administratif

2.1 MM. Jean Haas et Eduard Zürcher, juges non permanents, ont démissionné au cours de l'exercice 1977. Paul Schorer, docteur en droit et avocat, a dû renoncer à une réélection, ayant atteint la limite d'âge. Les démissionnaires ont rendu de précieux services au Tribunal administratif qui leur témoigne sa reconnaissance et les remercie de leur longue activité déployée dans l'intérêt de la justice administrative bernoise.

Le juge Peter Krähenbühl, avocat, succédera à Paul Schorer au sein de la I^{re} chambre alors que les nouveaux juges Roger Fiechter et André Mischler remplaceront Jean Haas et Eduard Zürcher dans la II^e chambre.

2.2 169 nouvelles affaires ont été introduites au cours de l'exercice écoulé. Le volume des affaires accuse ainsi une nouvelle augmentation de 14% depuis l'année précédente. Si l'on compare le nombre des nouveaux cas avec celui de 1975, l'on constate que le volume des affaires a même augmenté de 56%. Par rapport aux chiffres de l'année précédente (1976 = 100%), l'augmentation des affaires s'est particulièrement accentuée

- dans les actions de droit administratif (statistique ch. 3.1), 74%,
- dans les recours contre des décisions administratives (statistique, ch. 3.2), 29% et
- dans les recours et appels contre des décisions préfectorales (statistique ch. 3.3), 48%.

L'accroissement des actions de droit administratif cause des difficultés particulières au Tribunal administratif. Ces actions ont principalement trait à des litiges portant sur des contributions foncières et des frais de la viabilité de détail au sens de l'art. 77 de la loi sur les constructions. Ces procès nécessitent toujours une longue instruction comportant une inspection des lieux, l'appréciation des conditions locales ayant souvent une grande importance suivant la nature du cas. Ces mesures d'instruction entraînent une très forte mise à contribution des juges non permanents (rapporteurs) ainsi que du président de chambre qui, en sa qualité d'unique juge permanent, doit préparer et diriger tous les débats. Il en résulte inévitablement de fâcheux retards contre lesquels le législateur pourrait lutter efficacement par exemple en procédant à une révision de la loi sur les constructions ou d'une disposition d'exécution

die Erhebung von Beiträgen der Grundeigentümer an die Strassenbaukosten der Gemeinden vom 17. September 1970) neu den mit den örtlichen Verhältnissen besser vertrauten Regierungsstatthalter als erste Instanz einsetzt und gegen dessen Entscheid eine Weiterziehung ans Verwaltungsgericht vorsieht – entsprechend der Ordnung für die Gebühren (Art. 24 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG).

Angesichts der grossen Belastung des Verwaltungsgerichts als Rechtsmittelinstanz und mit Rücksicht auf die Entwicklung der Gesetzgebung, die dem Verwaltungsgericht fortwährend neue, teilweise sehr komplexe Materien zur Beurteilung zuweist, erscheint eine solche Revision als dringend, zumal das Verwaltungsgericht bei der gegenwärtigen Organisation (zwei vollamtliche, zehn nebenamtliche Richter) an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist.

2.3 Von den im Berichtsjahr neu eingegangenen 169 Geschäften entfallen 25 oder rund 15 Prozent auf die französischsprachige II. Kammer bzw. auf deren Präsidenten. Im Vorjahr betrug der Anteil der französischsprachigen Geschäfte bloss 10 Prozent.

2.4 Im Berichtsjahr konnten 153 Geschäfte erledigt werden (gegenüber 144 im Vorjahr). Davon entfallen 23 auf die französischsprachige II. Kammer. 107 Geschäfte mussten auf 1978 übertragen werden. – Im Berichtsjahr fanden zwei Plenarsitzungen und 18 Kammersitzungen statt. Ferner wurden einzelne Mitglieder des Gerichts sowie die Kammerpräsidenten durch 23 Augenscheine und durch 23 Instruktionsverhandlungen in Anspruch genommen.

2.5 61 Geschäfte wurden von den vollamtlichen Mitgliedern des Gerichts als Einzelrichter erledigt (54 durch den Präsidenten der I. Kammer, sieben durch den Präsidenten der II. Kammer).

2.6 Im Berichtsjahr beurteilte das Schweizerische Bundesgericht 15 staatsrechtliche Beschwerden gegen Entscheide des Verwaltungsgerichts (davon sieben aus den Vorjahren; vgl. Geschäftsbericht 1976, Ziff. 2.6). Auf eine Beschwerde trat er nicht ein und elf Beschwerden wies es ab (darunter zwei Beschwerden gegen grundsätzliche Entscheide des Verwaltungsgerichts zum Problem der materiellen Enteignung). Drei Beschwerden hiess das Schweizerische Bundesgericht ganz oder teilweise gut. Ein Fall betraf die Besteuerung eines Kapitalgewinns aus der Veräusserung von Gratisaktien (Vermögensgewinnsteuer). Während das Verwaltungsgericht – gestützt auf die Wehrsteuerpraxis – angenommen hatte, als Erwerbspreis habe der Nennwert der veräusserten Gratisaktien zu gelten, fand das Bundesgericht, Gratisaktien seien – ihrer Bezeichnung entsprechend – «geschenkte Wertpapiere» im Sinne von Art. 84 Abs. 3 StG und schloss daraus, als Erwerbspreis habe der Verkehrswert im Zeitpunkt der Ausgabe zu gelten. Die Auswirkungen dieses Urteils auf die bernische Steuerpraxis sind noch nicht abzusehen. – Der zweite Fall betraf einen Gebührenstreit, wobei das Schweizerische Bundesgericht einen sogenannten Erschliessungsvertrag zwischen einem Gemeinwesen und einer Unternehmung gestützt auf den Grundsatz von Treu und Glauben anders auslegte als das Verwaltungsgericht. – Der dritte Fall betraf wiederum einen Staatssteuerstreit. Das Schweizerische Bundesgericht hiess eine staatsrechtliche Beschwerde teilweise gut, indem es Aufnahme und Aufgabe einer Nebenerwerbstätigkeit des Steuerpflichtigen im Gegensatz zum Verwaltungsgericht als Revisionsgrund anerkannte. – Vier staatsrechtliche Beschwerden sind noch hängig. Eine Beschwerde betrifft ein weiteres Grundsatzurteil des Verwaltungsgerichts zur Eigentumsgarantie (finanzielle Auswirkungen eines Zonenplans in der Agglomeration Bern).

(par exemple du décret du 17 septembre 1970 concernant les contributions des propriétaires fonciers aux frais de construction de routes des communes) et en instituant le Préfet, mieux familiarisé avec les conditions locales, en tant que première instance dont les décisions seraient susceptibles d'appel devant le Tribunal administratif – réglementation analogue à celle des émoluments (art. 24 al. 1 ch. 1 LJA) –. Si l'on considère la charge de travail du Tribunal administratif en tant qu'instance de recours et l'évolution de la législation qui attribue sans cesse de nouvelles compétences au Tribunal administratif dans des matières souvent fort complexes, une telle révision apparaît comme urgente et ce d'autant plus que le Tribunal administratif dans sa composition actuelle (deux juges de carrière, dix juges non permanents) est parvenu à la limite de ses capacités dans la liquidation des cas.

2.3 Sur les 169 nouvelles affaires introduites durant l'exercice écoulé, 25 ou 15% environ furent du ressort de la II^e chambre de langue française ou de son Président. La proportion des cas de langue française s'élevait à 10% l'année précédente.

2.4 Sur les 153 affaires liquidées pendant l'exercice écoulé (144 l'année précédente), 23 l'ont été par la II^e chambre de langue française. 107 affaires ont dû être reportées à l'année 1978. – Pendant l'exercice écoulé, le Tribunal administratif a tenu deux séances plénières et 18 séances de chambre. En outre, quelques membres du Tribunal ainsi que les Présidents de chambre ont été occupés par 23 inspections des lieux et 23 séances d'instruction.

2.5 61 affaires ont été liquidées par les membres permanents du Tribunal en qualité de juges uniques (54 par le Président de la I^{re} chambre et sept par le Président de la II^e chambre).

2.6 Au cours de l'exercice écoulé, le Tribunal fédéral se prononça sur 15 recours de droit public formés contre des arrêts du Tribunal administratif (dont sept rendus avant l'exercice écoulé; cf. rapport de gestion 1976, ch. 2.6). Il déclara un recours irrecevable, en rejeta onze (parmi lesquels deux recours contre des arrêts de principe du Tribunal administratif sur le problème de l'expropriation matérielle) et en admit trois totalement ou partiellement. Un cas concernait l'imposition d'un gain de capital provenant de la vente d'actions gratuites (impôt sur les gains de fortune). Le Tribunal administratif – fondé sur la pratique en vigueur en matière d'IDN – avait admis qu'il convenait de retenir comme prix d'acquisition la valeur nominale des actions gratuites vendues. Le Tribunal fédéral estima par contre que les actions gratuites – conformément à leur dénomination – constituaient des «titres offerts» au sens de l'art. 84 al. 3 LI et en conclut que leur prix d'acquisition était leur valeur vénale au moment de leur émission. Il n'est pas encore possible de prévoir les effets qu'entraînera cet arrêt sur la pratique fiscale bernoise. – Le deuxième cas concernait un litige en matière d'émoluments. Dans cette affaire, le Tribunal fédéral, fondé sur le principe de la bonne foi, a interprété d'une autre manière que le Tribunal administratif un contrat dit de viabilité conclu entre une collectivité publique et une entreprise. – Le troisième cas concernait à nouveau un litige de droit fiscal cantonal. Le Tribunal fédéral admit partiellement un recours de droit public en reconnaissant, contre l'opinion du Tribunal administratif, que le début et la cessation d'une activité lucrative accessoire du contribuable constituait un motif de révision. – Quatre recours de droit public sont encore en suspens. Un recours concerne un autre arrêt de principe du Tribunal administratif portant sur la garantie de la propriété (conséquences financières entraînées par un plan de zones dans l'agglomération de Berne).

3. Versicherungsgericht

3.1 Am 3. Juli 1977 verstarb nach längerer Krankheit Kurt Steiner, Notar in Laufen, nebenamtlicher Richter am Versicherungsgericht seit dessen Verselbständigung, das heisst seit 1. Januar 1972. Seine wertvolle Mitarbeit und sein unermüdlicher Einsatz, solange ihm dies die Gesundheit erlaubte, sei auch an dieser Stelle bestens verdankt. An seiner Stelle wählte der Grosse Rat Fürsprecher Hanspaul Roth, Frieswil.

3.2 Wie schon im letzten Geschäftsbericht erwähnt, wurde vom Grossen Rat ein weiterer vollamtlicher Richter ans Versicherungsgericht gewählt. Der Gewählte Georg Kunz, bisher Gerichtspräsident in Aarberg und nebenamtlicher Richter am Versicherungsgericht, trat sein Amt am 1. Januar 1977 an. Dies führte zu einer teilweisen Neuzuteilung der Geschäfte unter die vollamtlichen Richter, indem der Neugewählte die zahlenmässig auf den 2. Rang vorgerückten Arbeitslosenversicherungsstreitigkeiten übernahm und zusätzlich noch die französischsprachigen IV-Fälle, wogegen Wilfried Lüthi an Stelle der AIV-Prozesse die AHV-Fälle zugeteilt erhielt.

3.3 Leider gingen die Beschwerden auch im Berichtsjahr nicht zurück. Vielmehr ist eine Zunahme von etwas über 10 Prozent zu verzeichnen, indem total 1442 Beschwerden eingingen, gegenüber 1300 im Vorjahr. Die hauptsächlichsten Zunahmen sind bei den IV-, AIV- und AHV-Beschwerden zu verzeichnen; wobei in den AIV-Fällen die Beschwerden auf dem Gebiete der kantonalen Krisenhilfe inbegriffen sind.

3.4 Die in französischer Sprache zu führenden Prozesse haben sich im Berichtsjahr erhöht, und zwar von 232 auf 252, die deutschsprachigen von 1068 auf 1190 Fälle. Der Anteil der französischsprachigen Prozesse an der Gesamtzahl liegt dementsprechend nach wie vor bei rund 18 Prozent.

3.5 Die Zahl der Sitzungen ist erneut stark angestiegen. Waren es 1975 noch 114 und 1976 deren 150, so mussten im Berichtsjahr 189 Sitzungen abgehalten werden, nämlich 57 in der I., 44 in der II. und 88 in der III. Kammer. Gesamthaft wurden 1413 Prozesse erledigt, das sind über 100 mehr als 1976. Wie bereits im Vorjahresbericht betont wurde, liegt dies an der Grenze der Leistungsfähigkeit des Versicherungsgerichts in seiner gegenwärtigen Organisation; denn es mussten trotz der Erhöhung der Zahl der erledigten Geschäfte deren 479 als unerledigt auf das neue Jahr übertragen werden. Dies sind genau so viele wie 1971 eingegangen sind. Sollte die Geschäftslast weiterhin beachtlich steigen, so könnte den Schwierigkeiten vermutlich nicht nur mit Teil- oder provisorischen Massnahmen begegnet werden.

3.6 Die Kammerpräsidenten erledigten als Einzelrichter total 597 Prozesse, was eine Erhöhung um über 100 Fälle bedeutet. Dabei entfällt, wie im Vorjahr, der grösste Teil auf die Arbeitslosenversicherung, nämlich 307 Fälle, wovon 210 durch Vergleich, Rückzug oder Gegenstandslosigkeit erledigt werden konnten. Letzteres war aber in der Regel nur nach durchgeführter Verhandlung mit Partei- und Zeugeneinvernahmen möglich.

3.7 Von den 1024 Fällen, die materiell beurteilt wurden, mussten 608 Beschwerden abgewiesen werden und 416 wurden zugesprochen (letzteres zum Teil durch Rückweisung zur näheren Abklärung). In der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung wurden sogar mehr Beschwerden zugesprochen als abgewiesen. Damit hat sich das Verhältnis von zugesprochenen und abgewiesenen Beschwerden gegenüber dem Vorjahr zu Gunsten der ersteren auf $\frac{2}{5}$ zu $\frac{3}{5}$ verschoben (Vorjahr $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$). Andererseits ist aber festzuhalten,

3. Tribunal des assurances

3.1 Kurt Steiner, notaire à Laufen, est décédé le 3 juillet 1977 après une longue maladie. Il était juge non permanent au Tribunal des assurances depuis le 1^{er} janvier 1972, date où ce dernier est devenu indépendant. L'on a perdu un précieux collaborateur qui a travaillé inlassablement, aussi longtemps que sa santé le lui a permis. Pour le remplacer, le Grand Conseil a élu Hanspaul Roth, avocat à Frieswil.

3.2 Comme il l'a déjà été mentionné dans le dernier rapport, le Grand Conseil a élu un nouveau juge permanent au Tribunal des assurances en la personne de Georg Kunz, auparavant Président de Tribunal à Aarberg et juge non permanent au Tribunal des assurances, qui entra en fonctions le 1^{er} janvier 1977. Ceci entraîna une nouvelle répartition partielle des affaires entre les juges permanents. Le nouveau juge reprit les litiges en matière d'assurance-chômage (branche qui occupe le 2^e rang quant au nombre des recours introduits) ainsi que les affaires françaises d'assurance-invalidité. Wilfried Lüthi se vit par contre attribuer les cas d'AVS à la place des procès d'assurance-chômage.

3.3 Le nombre des recours n'a malheureusement pas diminué au cours de l'exercice. L'on a au contraire enregistré une augmentation de 10% environ avec 1442 recours au total contre 1300 l'année précédente. Cette augmentation est due principalement aux recours en matière d'assurance-invalidité, d'AVS et d'assurance-chômage dans lesquels sont également compris les recours ressortissant au secours de crise cantonal.

3.4 Les procès à instruire en langue française ont augmenté au cours de l'exercice de 232 à 252, les affaires allemandes de 1068 à 1190. Le pourcentage des procès de langue française s'élève donc toujours à 18%.

3.5 Le nombre des séances s'est fortement accru. Alors que l'on avait enregistré 114 séances en 1975, et 150 en 1976, il a fallu tenir 189 séances au cours de l'exercice, soit 57 dans la I^{re} chambre, 44 dans la II^e et 88 dans la III^e. 1413 affaires ont été liquidées au total, soit 104 de plus que l'année précédente. Comme il l'a déjà été relevé dans le dernier rapport, un tel volume d'affaires se situe à la limite des capacités du Tribunal des assurances dans son organisation actuelle; en effet, en dépit de l'augmentation du nombre des affaires liquidées, il fallut en reporter 479 sur la nouvelle année. Ce dernier chiffre correspond exactement au nombre des affaires introduites en 1971. Si le volume des affaires devait encore augmenter dans une proportion sensible, l'on ne pourrait probablement plus surmonter les difficultés en ne prenant que des mesures partielles ou provisoires.

3.6 Les Présidents de chambres ont liquidé 597 affaires en qualité de juges uniques, soit 102 de plus que l'année précédente. La plus grande partie de ces cas, comme l'année passée, ressortissait à l'assurance-chômage (307 cas) dont 210 purent être liquidés par transaction, retrait ou du fait que le recours était devenu sans objet. Ceci n'a cependant été rendu possible en règle générale qu'après des séances d'instruction avec les parties et auditions de témoins.

3.7 Sur 1024 cas jugés au fond, 608 recours ont été rejetés et 416 admis (en partie par renvoi pour complément d'instruction). En matière d'assurance-chômage et d'assurance-maladie, l'on admit même plus de recours que l'on en rejeta. Dès lors, la proportion des recours admis par rapport aux recours rejetés a augmenté et s'est élevée à $\frac{2}{5}$ pour $\frac{3}{5}$ ($\frac{1}{3}$ pour $\frac{2}{3}$ l'année précédente). Il convient toutefois de relever que cer-

dass teilweise leichtsinnig oder mutwillig Beschwerde geführt wurde, weshalb das Gericht vermehrt zur Auflage der Verfahrenskosten an die Beschwerdeführer geschritten ist, wie dies in den eidgenössischen und kantonalen Erlassen für solche Fälle vorgesehen ist.

3.8 Beim Eidgenössischen Versicherungsgericht wurden im Berichtsjahr 122 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Sachurteile des Versicherungsgerichts eingereicht, was rund 12 Prozent ausmacht. Das EVG beurteilte 1977 im ganzen 115 solche dort hängige Fälle, wobei es 77 Beschwerden abwies (= 67%) und 28 zusprach (= 24%), wovon 16 Fälle mit Rückweisung zur näheren Abklärung. Acht Beschwerden wurden zurückgezogen und auf zwei wurde nicht eingetreten. Die Rückweisung zur näheren Abklärung, wie sie auch von der I. Rekursinstanz öfters vorgenommen wird, beweist, dass die Beurteilung von Streitigkeiten auf dem Gebiete der Sozialversicherung (wie übrigens auch auf anderen Rechtsgebieten) immer komplizierter und komplexer wird, und zwar vor allem in tatbeständlicher Beziehung. Aber auch die Beurteilung von Rechtsfragen wird trotz vermehrten Präjudizien nicht einfacher, wobei das vielfach zu beurteilende intertemporale Recht mit zur Erschwerung der Aufgabe beiträgt.

3.9 Gesetzesrevisionen

AHV/IV/EL: Der Bundesrat erhöhte durch VO vom 8. Juni 1976, gestützt auf den BB vom 12. Juni 1975, die AHV/IV-Renten ab 1. Januar 1977 um grundsätzlich 5 Prozent um die Preissteigerung der Jahre 1975 und 1976 auszugleichen. Gleichzeitig wurden auch die EL-Einkommensgrenzen erhöht. Gegen die 9. AHV-Revisionsvorlage (BG vom 24. Juni 1977), welche am 1. Januar 1978 hätte in Kraft treten sollen, wurde das Referendum ergriffen. Mit dringlichem BB vom 16. Dezember 1977 über Sofortmassnahmen auf dem Gebiete der AHV/IV wurde die Gültigkeit des BB vom 12. Juni 1975 auf 1978 ausgedehnt, vor allem zur Sicherung des geltenden Rentenniveaus und der erhöhten Einkommensgrenzen bei der EL.

KfZ: Am 10. November 1976 beschloss der Grosse Rat eine Änderung des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer, welche auf den 1. April 1977 in Kraft trat. Danach sind die Kinderzulagen bei Unfall, Krankheit, Schwangerschaft, Militärdienst und Todesfall nach Erlöschen des Lohnanspruchs noch während drei Monaten (bisher 1 Monat) weiter auszurichten, längstens aber bis zum Ablauf der Vertragsdauer. Ferner wurde bestimmt, dass bei Kurzarbeit, die 120 Stunden im Monat nicht unterschreitet, die Zulagen voll auszurichten sind. Im weiteren wurde der Anspruch bis zum 25. Altersjahr des Kindes erweitert, sofern sich dieses in Ausbildung befindet.

A/IV: Auf den 1. April 1977 trat der BB über die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (Übergangsordnung) in Kraft. Danach wurde der Beitragsbezug den Arbeitgebern und AHV-Ausgleichskassen übertragen. Beitragspflichtig sind alle Arbeitnehmer, die von einem gemäss AHVG beitragspflichtigen Arbeitgeber entlohnt werden. Die Beiträge betragen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber je 0,4 Prozent und sind vom massgebenden Lohn im Sinne der AHV zu berechnen, jedoch bis zur Höchstgrenze von monatlich 3900 Franken je Arbeitsverhältnis. Der Beitragsbezug richtet sich nach den Regeln der AHV.

3.10 Am 17. Oktober 1977, vorgängig der Sitzung des Gesamtgerichts, besichtigten die Funktionäre des Versiche-

tains recours étaient téméraires ou avaient été interjetés à la légère, raison pour laquelle le Tribunal a mis, dans une mesure accentuée, les frais de procédure à la charge des recourants, comme cela est prévu pour de tels cas par la législation fédérale et cantonale.

3.8 122 jugements au fond ont été déférés au Tribunal fédéral des assurances, ce qui représente le 12% environ. Le TFA a jugé 115 cas en 1977. Il rejeta 77 recours (67%) et en admit 28 (24%) dont 16 cas renvoyés pour complément d'instruction. Huit recours furent retirés et deux furent déclarés irrecevables. Le renvoi pour complément d'instruction, auquel procède également souvent la 1^{re} instance, prouve que le jugement de litiges dans le domaine des assurances sociales (comme dans d'autres branches juridiques d'ailleurs) devient toujours plus compliqué et complexe et ce avant tout dans l'appréciation des faits. Mais l'examen des questions de droit devient également plus difficile en dépit des nombreux précédents puisque l'appréciation du droit intertemporel contribue en outre à compliquer la tâche du juge.

3.9 Révisions de lois

AVS/AI/PC: Par ordonnance du 8 juin 1976, fondée sur l'AF du 12 juin 1975, le Conseil fédéral augmenta les rentes AVS/AI de 5% en principe à partir du 1^{er} janvier 1977, pour compenser l'augmentation du coût de la vie des années 1975 et 1976. Les limites de revenu pour les PC furent également augmentées. Un référendum a abouti contre le projet de la 9^e révision de l'AVS (LF du 24 juin 1977) qui aurait dû entrer en vigueur le 1^{er} janvier 1978. Par AF du 16 décembre 1977 instituant des mesures urgentes en matière d'AVS/AI la validité de l'AF du 12 juin 1975 a été étendue à l'année 1978, pour garantir avant tout le niveau des rentes en vigueur et l'augmentation des limites de revenu pour les PC.

Allocations pour enfants: Le 10 novembre 1976, le Grand Conseil modifia la loi sur les allocations pour enfants aux salariés. Cette modification entra en vigueur le 1^{er} avril 1977. Elle dispose qu'en cas d'accident, de maladie, de grossesse, de service militaire ou de décès, les allocations continuent à être versées pendant trois mois (1 mois jusqu'alors) après que ce droit a pris fin, au plus tard cependant jusqu'à l'expiration du contrat de travail. En outre, en cas de chômage partiel, la totalité des allocations est versée, pour autant que l'horaire mensuel n'est pas inférieur à 120 heures. L'enfant a d'autre part droit à l'allocation jusqu'à l'âge de 25 ans, s'il se trouve en période de formation.

AC: L'AF instituant l'AC obligatoire (régime transitoire) est entré en vigueur le 1^{er} avril 1977. La perception des cotisations a été confiée aux employeurs et aux caisses de compensation AVS. Sont tenus de cotiser tous les salariés rémunérés par un employeur qui doit payer des cotisations au sens de la LAVS. Ces cotisations s'élèvent à 0,4% pour l'employeur et le salarié et sont perçues jusqu'à concurrence d'un salaire de 3900 francs par mois au maximum. La perception des cotisations s'opère selon les règles applicables en matière d'AVS.

3.10 Le 17 octobre 1977, avant la séance du Tribunal plénier, les fonctionnaires du Tribunal des assurances visitèrent le

rungsgerichts die Eingliederungsstätte Gwatt (Stiftung Invalidenwerkstätte der Region Thun) und das Wohnheim und die Werkstätte der Stiftung Schweizerisches Wohn- und Arbeitsheim für körperlich Schwerbehinderte ebenfalls in Gwatt.

foyer de recyclage de Gwatt (Fondation atelier pour invalides de la région de Thoune) et l'atelier de la Fondation «Schweiz. Wohn- und Arbeitsheim für körperlich Schwerbehinderte» également à Gwatt.

4. **Schiedsgericht KUVG**

Beim Schiedsgericht waren vier Verfahren hängig, wobei drei davon Ärzte, einer einen Chiropraktor betraf. Trotz dem gesetzlich vorgeschriebenen Vermittlungsverfahren konnte kein Fall gütlich erledigt werden. Alle Prozesse mussten zur Beurteilung auf das neue Jahr übertragen werden. Neben den Begehren der Krankenkassen um zum Teil massive Herabsetzung der Honorare der Medizinalpersonen (sogenannte Moderation) (in einem Fall beträgt der Streitwert fast 1 Million Franken) wurde in zwei Fällen auch ein Ausschluss aus der Krankenkassenpraxis beantragt, was einen besonders schweren Eingriff bedeutet. Das Anhängigmachen dieser komplexen und umfangreichen Prozesse ist vermutlich zum Teil auch auf den Sparaufruf des Bundesrates in Sachen Krankenversicherung zurückzuführen.

Bern, 24. Februar 1977

Im Namen des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts

Der Präsident: *Lüthi*

Der Gerichtsschreiber: *Schmid*

4. **Tribunal arbitral prévu par la LAMA**

Quatre procès sont pendants et concernent trois médecins et un chiropraticien. En dépit de la procédure de conciliation prévue par la loi, aucun cas n'a pu être liquidé. Tous les procès ont dû être reportés sur la nouvelle année. A côté des requêtes de caisses-maladie tendant à une réduction parfois massive des honoraires du corps médical (dans un cas la valeur litigieuse atteint presque un million de francs), l'on a conclu dans deux cas à l'exclusion d'une reconnaissance par les caisses-maladie, ce qui constituerait une atteinte particulièrement grave aux intérêts des personnes visées. Ces procès complexes sont probablement dus également en partie à l'appel à l'économie en matière d'assurance-maladie lancé par le Conseil fédéral.

Berne, 24 février 1977

Au nom du Tribunal administratif et des assurances

le président: *Lüthi*

le greffier: *Schmid*

Steuer- und verwaltungsrechtliche Streitsachen 1977

Litiges de droit fiscal et administratif en 1977

	1 Vom Vor- jahr 1976 über- nommen <i>Affaires pendantes depuis 1976</i>	2 1977 ein- gelangt <i>Affai- res intro- duites en 1977</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zu- gespro- chen <i>De- mandes adju- gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De- mandes écar- tées</i>	6 Nicht- ein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Be- urteilt <i>Affai- res jugées</i>	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait sans ob- jet, trans- action, désiste- ment</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liqui- dées</i>	10 Un- erledigt auf 1978 über- tragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>	
1. Kompetenzkonflikte		7	7	3	2		5	1	6	1	1. Conflits de compétence
2. Steuerrechtliche Streitigkeiten											2. Litiges de droit fiscal
2.1 Beschwerden gegen Entscheide der Rekurskommission auf dem Gebiete der direkten Staats- und Gemeindesteuern											2.1 Pourvois contre des décisions de la Commission de recours en matière d'impôts directs de l'Etat et des communes
2.1.1 Verwaltungsgericht	19	33	52	4	24		28		28	11	2.1.1 Tribunal administratif
2.1.2 Einzelrichter				1	2	4	7	6	13		2.1.2 Juge unique
2.2 Beschwerden in Erbschafts- und Schenkungssteuersachen											2.2 Pourvois en matière de taxe des successions et donations
2.2.1 Verwaltungsgericht	4	8	12	1	2		3		3	1	2.2.1 Tribunal administratif
2.2.2 Einzelrichter						1	1	7	8		2.2.2 Juge unique
2.3 Beschwerden betreffend Bestimmung des Veranlagungsortes und Bemessung der Steueranteile der Gemeinden (Art. 106 und 204 StG)											2.3 Pourvois concernant la fixation du lieu de taxation et le calcul des parts d'impôts des communes (art. 106 et 204 LI)
2.3.1 Verwaltungsgericht											2.3.1 Tribunal administratif
2.3.2 Einzelrichter											2.3.2 Juge unique
2.4 Weiterziehungen von Entscheiden des Regierungsstatthalters betreffend besonderen Gemeindesteuern											2.4 Recours contre des décisions du préfet concernant certains impôts communaux
2.4.1 Verwaltungsgericht											2.4.1 Tribunal administratif
2.4.2 Einzelrichter											2.4.2 Juge unique
2.5 Andere Streitigkeiten (Handänderungsabgabe, Motorfahrzeugsteuer usw.)											2.5 Autres litiges fiscaux (droits de mutation, taxe des véhicules à moteur, etc.)
2.5.1 Verwaltungsgericht											2.5.1 Tribunal administratif
2.5.2 Einzelrichter											2.5.2 Juge unique
3. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten											3. Litiges de droit administratif
3.1 Als einzige kantonale Urteilsinstanz											3.1 Comme instance cantonale unique
3.1.1 Verwaltungsgericht	24	40	64	4	2		6		6	43	3.1.1 Tribunal administratif
3.1.2 Einzelrichter				2		1	3	12	15		3.1.2 Juge unique
3.2 Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide											3.2 Recours contre des décisions administratives
3.2.1 Verwaltungsgericht	14	31	45	3	16		19		19	20	3.2.1 Tribunal administratif
3.2.2 Einzelrichter								6	6		3.2.2 Juge unique
3.3 Weiterziehen von Entscheiden des Regierungsstatthalters											3.3 Recours contre des décisions préfectorales
3.3.1 Verwaltungsgericht	16	31	47	8	8		16		16	19	3.3.1 Tribunal administratif
3.3.2 Einzelrichter						2	2	10	12		3.3.2 Juge unique
3.4 Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Bodenverbesserungskommission											3.4 Recours contre des décisions de la Commission cantonale des améliorations foncières
3.4.1 Verwaltungsgericht	1	3	4							2	3.4.1 Tribunal administratif
3.4.2 Einzelrichter								2	2		3.4.2 Juge unique
3.5 Beschwerden gegen Entscheide der Schatzungskommissionen in Enteignungssachen											3.5 Recours contre des décisions de la Commission d'estimation en matière d'expropriation
3.5.1 Verwaltungsgericht	11	8	19	1	4		5		5	10	3.5.1 Tribunal administratif
3.5.2 Einzelrichter				1		1	2	2	4		3.5.2 Juge unique
Übertrag	89	161	250	28	60	9	97	46	143	107	A reporter

	1 Vom Vor- jahr 1976 über- nommen Affaires pendant depuis 1976	2 1977 ein- gelangt Affai- res intro- duites en 1977	3 Total Total	4 Zu- gespro- chen De- mandes adju- gées	5 Abge- wiesen De- mandes écar- tées	6 Nicht- ein- treten Non entrée en matière	7 Be- urteilt Affai- res jugées	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich Retrait sans ob- jet, trans- action, désiste- ment	9 Total erledigt Total des affaires liqui- dées	10 Un- erledigt auf 1978 über- tragen Affaires non encore vidées à la fin de l'année	
Übertrag	89	161	250	28	60	9	97	46	143	107	Report
3.6 Weiterziehung von Verfügungen betr. vorsorgliche Massnahmen		2	2								3.6 Recours contre des décisions concernant des mesures provisionnelles
3.6.1 Verwaltungsgericht											3.6.1 Tribunal administratif
3.6.2 Einzelrichter								2	2		3.6.2 Juge unique
3.7 Weiterziehungen von Entscheidungen der Jugendgerichte betreffend Vollzugskosten											3.7 Recours contre des décisions des Tribunaux de mineurs (frais d'exécution)
3.7.1 Verwaltungsgericht	2	3		1	3		4		4		3.7.1 Tribunal administratif
3.7.2 Einzelrichter			6					1	1		3.7.2 Juge unique
3.8 Prozessbeschwerden		3									3.8 Prises à partie
3.8.1 Verwaltungsgericht						1	1		1		3.8.1 Tribunal administratif
3.8.2 Einzelrichter			3			2	2		2		3.8.2 Juge unique
Total	91	169	260	29	63	12	104	49	153	107	Total

Sozialversicherungsrechtliche Streitsachen im Jahre 1977

Litiges découlant des assurances sociales en 1977

		1 Vom Vor- jahr 1976 über- nommen Affaires reprises de l'année 1976	2 1977 ein- gelangt Affai- res intro- duites en 1977	3 Total Total	4 Zu- gespro- chen De- mandes adju- gées	5 Abge- wiesen De- mandes reje- tées	6 Nicht- ein- treten Non entrée en matière	7 Be- urteilt Affai- res jugées	8 Rückzug Gegen- standslos Vergleich Retrait, sans ob- jet, trans- action, désiste- ment	9 Total erledigt Total des affaires liqui- dées	10 Unerle- digt auf 1978 über- tragen Affaires non encore vidées à la fin de l'année		
AHV	VG ER	23	195	218	26 2	92 4	2 6	120 12	1 14	147	71	AVS	TA JU
IV	VG ER	100	658	758	172 27	242 107	1 11	415 145	2 13	575	183	AI	TA JU
FL	VG ER	—	—	—				—			—	AFA	TA JU
EO	VG ER	—	—	—				—			—	APG	TA JU
KFZ	VG ER	3	3	6	2	2		4 1		6	—	AF	TA JU
KV	VG ER	58	91	149	21 2	18 2	1 4	40 8		99	50	AMAL	TA JU
EL zu AHV/IV	VG ER	1	23	24	5	14		19	1	20	4	PC à l'AVS/AI	TA JU
SUVA	VG ER	67	53	120	7	27 1	4	34 5	29	68	52	CNA	TA JU
EMV	VG ER	26	6	32	1	9 2		10 2	8	20	12	AM	TA JU
AIV	VG ER	172	413	585	92 59	79 9	29	171 97	210	478	107	Ach	TA JU
Total		450	1 442	1 892	416	608	59	1 083	330	1 413	479		

